



„SPÖ-Spitze soll dringend Portugiesisch lernen“

Der Industrielle und frühere SPÖ-Finanzminister Androsch geht mit der Regierung hart ins Gericht. Er sieht auch seine Partei unter Zugzwang.

Von Michael Sprenger

Wien – Österreich befindet sich in einer anhaltenden Krise. „Das Pandemiemanagement“, so beurteilt es der Industrielle, ehemalige Banker und langjährige SPÖ-Finanzminister (1970 bis 1980) Hannes Androsch, „der Bundesregierung war und ist dürftig.“ Er wirft im Gespräch mit der *Tiroler Tageszeitung* vor allem der ÖVP vor, dass sie geglaubt hatte, „die Krise für sich als Chance zu nützen, in dem sie all ihr Handeln verparteiopolitisierte“. Sie verstehe zudem „das politische Handwerk nicht: Zahlreiche Verordnungen während der Pandemie waren legislativ stümperhaft.“ Stattdessen wurde mit einer „geradezu zur Schau gestellten Verächtlichmachung des politischen Gegners eine Günstlingswirtschaft betrieben“, gepaart mit einer „organisierten und korrupten Systematik. In 52 Tagen drei Bundeskanzler spricht Bände“, sagt Androsch.

Doch politische Skandale (etwa den AKH-Skandal) gab es auch in den 1970er- und 1980er-Jahren. Androsch selbst musste nicht zuletzt wegen seiner Teilhabe an einer Steuerberaterkanzlei auf Druck von Bundeskanzler Bruno Kreisky seine politische Funktion zurücklegen. Androschs Vergleich dieser Zeit mit der Gegenwart fällt

kurz aus: „Damals wurde versucht, die Politik zu kriminalisieren, heute ist dies offensichtlich.“

Für ihn ist klar: Was Österreich jetzt benötigt, ist eine „handlungsfähige Regierung“. Sein Blick streift nach Skandinavien, nach Deutschland, auf die Iberische Halbinsel. Überall dort sind Sozialdemokraten maßgebend beteiligt. Und in welchem Zustand sieht er die SPÖ?

Hier gibt er sich zurückhaltend, meint aber: „Wir haben drei Bundesländer mit einem roten Landeshauptmann. Und ein Blick auf diese drei Länder zeigt mir, was an Gestaltungskraft möglich ist.“ Aber bei einer Neuwahl geht es um den Zustand der Bundespartei. „Mir wurde gesagt, dass es nicht zuletzt wegen anhaltender Kritik an der Führung der Partei Parteiaustritte gibt. Aber das ist korrigierbar. Die SPÖ muss endlich wieder die Themenführerschaft übernehmen.“ Und wer soll die SPÖ in die Wahl führen? Hierzu schweigt Androsch. Er erinnert vielmehr an die Siegesfeiern Ende Jänner in Lissabon – nach dem überraschend klaren Wahlerfolg der Sozialdemokraten unter António Costa. Und er hat eine Empfehlung:

„Die SPÖ braucht eine überzeugende Person an der Spit-

ze, die für klare Inhalte eintritt, für die Sache brennt, mit ihrer Politik den Nerv der Zeit trifft und bei der Bevölkerung ankommt. Die Parteispitze sollte dringend Portugiesisch lernen.“

Das Rad müsse hierfür nicht neu erfunden werden. Es gehe ihm vor allem darum, „endlich der Jugend, die so schwer von der Pandemie betroffen ist, zu helfen“. Der Mitinitiator des Bildungsvolksbegehrens weist darauf hin, dass vom Forderungskatalog bis heute nichts umgesetzt worden sei. „Es braucht endlich verschränkte Ganztagschulen, echte Förderung im Kindergarten. Auch die Empfehlungen des Forschungsrates sind bis heute nicht in Angriff genommen.“ Dann pocht er einmal mehr auf Energie-wende und Digitalisierung. Österreich ist in der Energiepolitik im Hintertreffen. Im Westen Österreichs stoppte man den Ausbau der Wasserkraft, zugleich wurde die 380-kV-Leitung von Kaprun nach Salzburg nicht gebaut. Deshalb müsse Österreich Atomstrom aus Temelín importieren. „Zugleich erleben wir eine Energiepreisexlosion und sind abhängig vom russischen Gas. Es sind dabei immer die sozial Schwachen, die hier die Zeche zahlen müssen. Zu guter Letzt hal-

ten ÖVP und Grüne am Dieselprivileg fest und machen Österreich zur Billigtankstelle von Europa. Ich brauche Ihnen als Tiroler nicht zu erklären, dass dies zu steigendem Transitverkehr auf der Brennerroute führt. Kurzum: Österreich hat doppelt so viel CO₂-Ausstoß wie die Schweiz.“



„Die Bundesregierung versteht das politische Handwerk nicht“, analysiert Hannes Androsch. Er fordert zugleich die SPÖ auf, „endlich wieder die Themenführerschaft im Lande zu übernehmen“.

Foto: APA